



9. August 2016

11.3925 Motion Hess

Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern

Bericht über das Ergebnis des
Vernehmlassungsverfahrens

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	3
2	Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen	4
3	Grundsätzliche Bemerkungen zum Vorentwurf	4
3.1	Gesamtbewertung der Zielsetzung	4
3.2	Weitere, im Vorentwurf nicht angesprochene Punkte	4
3.3	Redaktionelle und gesetzestechnische Bemerkungen	5
4	Stellungnahmen zu den einzelnen Vorschlägen	5
4.1	Art. 43 Ziff. 1 und 1 ^{bis} SchKG	5
4.1.1	Grundsätzlich	5
4.1.2	Hauptkritikpunkte	5
4.1.3	Vorschläge	6
4.2	Art. 169 SchKG	6
4.2.1	Grundsätzliches	6
4.2.2	Haftung des Schuldners mit Vorschusspflicht des Gläubigers (Abs. 1)	6
4.2.3	Solidarhaftung der Organe für den Ausfall der Konkurskosten (Abs. 2)	7
4.3	Art. 230 Abs. 2 SchKG	8
5	Alternative Vorschläge.....	8
5.1	Revisionen im Strafrecht	9
5.2	"Handelsregistersperre"	9
5.3	Verschärfung der Durchsetzung des geltenden Rechts (Anzeigepflichten)	9
5.4	Verbesserung des Informationszugangs (Personendaten im Handelsregister) ...	10
5.5	Klagemöglichkeiten ausserhalb des Konkursverfahrens	10
5.6	Weitere Anmerkungen und Vorschläge	10
6	Einsichtnahme.....	11
	Anhang	12

Zusammenfassung

Die vorgeschlagene Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs wurde in der Vernehmlassung kontrovers aufgenommen. Die Zielsetzung der Vorlage, missbräuchliche Konkurse zu verhindern, wird generell begrüsst. Viele der vorgeschlagenen Massnahmen werden aber als ungenügend, untauglich oder gar schädlich (zumindest ausserhalb des Missbrauchskontextes) beurteilt.

Der Vorschlag, die Haftung für die Konkurskosten neu dem Schuldner aufzuerlegen, zugleich aber die Vorschusspflicht beim Gläubiger zu belassen, wird überwiegend begrüsst. Die Solidarhaftung der Mitglieder des obersten Organes einer konkursiten Firma für den Konkurskostenausfall des Gläubigers stösst demgegenüber auf starke Kritik, allerdings auch auf unterstützende Stimmen. Stark kritisiert wird, vor allem von betroffenen Städten und Gemeinden, die geplante Streichung von Art. 43 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG.

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende setzen ihre Hoffnungen auf Alternativen. Zum einem würde die im Rahmen einer anderen Vorlage in Aussicht gestellte Verbesserung der Information über "Konkursreiter" begrüsst.¹ Zum anderen wird die Ansicht geäussert, angesichts beschränkter Möglichkeiten im Rahmen des Verfahrensrechts müssten als ultima ratio auch Anpassungen im Strafrecht ins Auge gefasst werden.

1 Allgemeines

Am 5. Dezember 2011 (Ständerat) und am 28. Februar 2012 (Nationalrat) haben die Räte die Motion 11.3925 (Hans Hess) angenommen. Darin wird der Bundesrat beauftragt, "die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Personen das Konkursverfahren nicht mehr dazu missbrauchen können, sich ihrer Verpflichtungen zu entledigen". Der in der Folge erarbeitete Vorentwurf (samt Bericht) zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)² zur Verhinderung des Missbrauchs des Konkursverfahrens enthält verschiedene Anpassungsvorschläge im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. Diese sind primär darauf ausgerichtet, faktische und rechtliche Hürden, welche geschädigte Gläubiger bei der Rechtsdurchsetzung gegen einen konkursiten Schuldner vorfinden, zu beseitigen oder zu senken. Die Vorlage basiert auf folgenden zwei Kernelementen:

- Öffentlich-rechtlichen Gläubigern (Steuerverwaltungen, Sozialversicherungen) soll erlaubt werden, einen Konkursantrag zu stellen. Nach geltendem Recht ist ihnen dies verwehrt (Art. 43 Abs. 1 Ziff. 1 und 1^{bis} SchKG), wodurch andere Gläubiger den Konkursantrag stellen und das damit einhergehende Kostenrisiko tragen müssen.
- Die Mitglieder des obersten Verwaltungsorgans einer konkursiten Gesellschaft sollen grundsätzlich für die ungedeckten Kosten eines Konkursverfahrens haften, und zwar persönlich und solidarisch. Weiterhin soll aber der Antragsstellende Gläubiger vorschusspflichtig bleiben. Ihm soll für einen allfälligen Ausfall ein Regressrecht zustehen.

Das Vernehmlassungsverfahren wurde am 22. April 2015 eröffnet und dauerte bis zum 14. August 2015. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft sowie weitere interessierte Organisationen.

¹ Gemeint ist konkret die Vorlage zur Modernisierung des Handelsregisterrechts (BBl 2015 3617). Mit der dort vorgesehenen Einführung eines Personenidentifikators wäre es künftig möglich, die "Konkurshistorie" einer im Handelsregister eingetragenen Person sichtbar zu machen.

² SR 281.

Stellung genommen haben 26 Kantone, 4 politische Parteien und 36 Organisationen und weitere Teilnehmende. Ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben das Bundesverwaltungsgericht, der Schweizerische Verband der dipl. Experten in Rechnungslegung und Controlling und der Inhaber des eidg. Fachausweises in Finanz- und Rechnungswesen, die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren, Schuldenberatung Schweiz, der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Verband der Immobilienwirtschaft.

2 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen

Siehe Anhang (S. 12 ff.).

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Vorentwurf

3.1 Gesamtbewertung der Zielsetzung

Die allgemeine Zielsetzung der Vorlage wird praktisch von allen Vernehmlassungsteilnehmern unterstützt.

Auch bezüglich der in der Vorlage vorgeschlagenen Massnahmen äussern sich die *Mehrheit der Kantone*³, die SP und die CVP sowie zahlreiche Verbände und weitere Vernehmlassungsteilnehmende (SGB, SBV, KMU-Forum, HEV, FER, AAB, SUISA, SGAS, SGV, Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich) *grundsätzlich positiv*. Durchwegs ist diese positive Grundeinstellung allerdings mit der Skepsis verbunden, ob die vorgeschlagenen Massnahmen wirklich eine nachhaltige Wirkung entfalten können ("in die richtige Richtung, *aber wohl nicht ausreichend*").

Einige Kantone⁴, FDP und SVP, die UNIL sowie, seitens der Verbände der Baumeisterverband, centre patronal und fPv stehen den Vorschlägen *grundsätzlich skeptisch* gegenüber. Einzelne (insb. AG, BE, BL und der Baumeisterverband) warnen vor dem Systembruch, den die (auch punktuelle) Abkehr von der Haftungsbeschränkung eines Unternehmers durch eine Kapitalgesellschaft mit sich bringe. In gesamtwirtschaftlicher Hinsicht überwiegen die Vorteile des bestehenden Systems gegenüber den seltenen Missbrauchsfällen. Verschiedentlich (BE, SVP, FDP, Baumeisterverband) wird darauf hingewiesen, dass die grosse Mehrheit der Konkurse nicht missbräuchlich erfolge. UNIL, fPv und Baumeisterverband bezweifeln (UNIL anhand eigener empirischer Abklärungen) den Regelungsbedarf, da missbräuchliche Fälle einen sehr geringen Anteil an den über 10'000 Konkursfällen/Jahr darstellten. BE kommt zu einem ähnlichen Befund. Economiesuisse und fPv sehen generell im geltenden System keine Mängel von systemischem Umfang und betrachten zudem die vorgeschlagenen Anpassungen als keineswegs "punktuell" und im Lichte des Problemumfangs für unverhältnismässig (ausdrücklich fPv). Demgegenüber weist der SGB auf ein systematisch missbräuchliches Vorgehen im Baugewerbe hin.⁵

3.2 Weitere, im Vorentwurf nicht angesprochene Punkte

– Vgl. Ziff. 5 (S. 9 ff.).

³ AG, AI, AR, BS, GE, GL, GR, NE, SH, SO, TG, UR, VD, VS.

⁴ BE, BL, FR, LU, SG, ZH.

⁵ AssCSR und FVE verweisen auf das Gutachten zu diesem Thema von David Equey, *Insolvabilité organisée et « serial failers » – Quelles solutions en droit suisse ?*, in: Jusletter 22. Dezember 2014.

3.3 Redaktionelle und gesetzestechnische Bemerkungen

Einzelne Teilnehmer haben redaktionelle und gesetzestechnische Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

4 Stellungnahmen zu den einzelnen Vorschlägen

4.1 Art. 43 Ziff. 1 und 1^{bis} SchKG

4.1.1 Grundsätzlich

Die *Hälfte der Kantone*⁶, die SVP und die *Mehrheit der Verbände* (AHVCH, Baumeisterverband, chgemeinden, centre patronal, Creditreform, economiesuisse, fPv, KSFD, SGV, Städtische Steuerkonferenz, VGBZ, VSI) sowie weitere Teilnehmende (Lausanne, Duc Jean-Jacques) *lehnen* die Vorschläge zu Art. 43 Ziff. 1 und 1^{bis} SchKG *ab*.

Sieben Kantone⁷, die SP sowie die SUVA, SGB, KV, UNI NE und VSE begrüssen hingegen die Vorschläge. Laut KBKS halten sich die Vor- und Nachteile die Waage.

Zahlreiche Stellungnahmen (positive wie kritische) schlagen Alternativen vor (Ziff. 4.1.3 und Ziff. 5).

4.1.2 Hauptkritikpunkte

In zahlreichen Stellungnahmen wird die Ansicht geäussert, die Pfändung sei für den Gläubiger vorteilhafter als der Konkurs (BE, GR, NW, SG, SO, SZ, VS, ZH, UNIL, SGV, Lausanne, Duc Jean-Jacques, Städtische Steuerkonferenz, KSFD), weshalb die Anpassung abzulehnen sei.

Ebenso zahlreiche Stellungnahmen befürchten, dass die Neuerung zu mehr Kosten für die Konkursämter sowie für die Gläubiger und zu einer längeren Verfahrensdauer führen könnte (AG, BE, FR, JU, TG, SG, SO, VS, SZ, TI, chgemeinden, KSFD, UNIL, Lausanne, Städtische Steuerkonferenz, Duc Jean-Jacques), dies auch bei kleinen Beträgen. Die AHVCH und die Städtische Steuerkonferenz befürchten eine "Explosion" (Erhöhung um den Faktor 10) der Konkursverfahren. Lausanne beziffert die Kosten einer Umstellung von Pfändungs- auf Konkursverfahren auf über 1 Mio CHF.

Einige Stellungnahmen üben grundsätzliche Kritik: Der Staat solle Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entfaltung schaffen, nicht Unternehmen in den Konkurs treiben (AI, JU, TI, centre patronal, economeisuisse, fPv, SGV, UNIL).

Gemäss vieler dieser kritischen Stimmen (AI, BE, SO, ZH, UNIL, Baumeisterverband, chgemeinden, centre patronal, economiesuisse, SGV, VGBZ) bietet bereits der geltende Art. 190 Abs. 1 Ziff. 2 SchKG ein taugliches Mittel, um gegen renitente Schuldner eine Konkurseröffnung zu erlangen (zu möglichen Anpassungen vgl. nachfolgend Ziff. 4.1.3).

AI, ZH und der VGBZ erinnern daran, dass auch der Konkurs mangels Aktiven eingestellt werden kann, wodurch das Missbrauchspotenzial nicht behoben wird.

Die KSFD befürchtet schliesslich, dass mit der Möglichkeit, dass öffentlich-rechtliche Gläubiger den Konkurs beantragen können, die Bereitschaft privater Gläubiger, ein Begehren zu stellen, sinken könnte.

⁶ AI, BE, FR, GR, JU, LU, NW, SG, SO, SZ, TI, VS, ZH.

⁷ AG, GE, TG, NE, OW, UR, ZG.

4.1.3 Vorschläge

Mehrere Stellungnahmen verbinden ihre jeweils positive oder kritische Stellungnahme mit dem Vorschlag, dass den öffentlich-rechtlichen Gläubigern ein Wahlrecht gewährt wird bezüglich der Art der Fortsetzung der Betreibung (VD und SG, KBKS, FER, KSFD, KSZ und Städtische Steuerkonferenz). Gemäss VGBZ bestehe im Ausland generell ein solches Wahlrecht.

Unter den Stellungnahmen, die auf die bestehende Möglichkeit zur sofortigen Konkurseröffnung nach Art. 190 SchKG hinweisen (vgl. oben Ziff. 4.1.2), finden sich zahlreiche, die sich eine Präzisierung in Art. 190 SchKG wünschen (BE, LU, SG, SZ, TI und AHVCH mit einem Vorschlag, centre patronal mit mehreren Vorschlägen). Vorgeschlagen wird meist eine Präzisierung dahingehend, dass etwa der Besitz eines Pfändungsverlustscheins dem Art. 43 SchKG unterstehenden Gläubiger automatisch das Recht zur sofortigen Konkurseröffnung nach Art. 190 SchKG gewährt. In diesem Sinne auch die UNI NE, welche die Möglichkeit der Konkursbetreibung erst eröffnen möchte, wenn sich Zahlungsausstände häufen.

SZ schlägt eine Anpassung von Art. 154 Abs. 3 Satz 2 HRegV vor, wonach dem Staat analog zum amtlichen Verfahren keine Vorschüsse oder Kosten auferlegt werden.

Das Konkursamt Aarau kritisiert – unabhängig von der Beurteilung der Vorschläge – die teilweise bestehende Praxis, wonach juristischen Personen Kompetenzgut überlassen wird.

4.2 Art. 169 SchKG

4.2.1 Grundsätzliches

Die *Mehrheit der Kantone*⁸, die SP sowie eine *Mehrheit der Verbände* und übrigen Teilnehmenden (AAB, AHVCH, centre patronal, FVE, HEV, KV, KMU-Forum, UNIL, SBV, SGV, SIVG, SUVA, Städtische Steuerkonferenz, VSE) *begrüssen* die vorgeschlagene Revision von Art. 169 SchKG (VSI & Creditreform plädieren für weitergehende Massnahmen).

Viele dieser positiven Stimmen geben jedoch auch zu bedenken, dass die vorgeschlagene Massnahme zwar ein erster Schritt, aber wohl nicht ausreichend sei, um das Problem zu lösen. Dies namentlich aufgrund der verbleibenden Hürden und der zahlreichen Fälle, wo auch die nach diesem Vorschlag nun belangbaren Privatpersonen insolvent sein werden.

Grundsätzlich *skeptisch* äusserten sich BE, die SVP und zahlreiche Verbände (Baumeisterverband, economiesuisse, FED, fPv, KBKS, SGV, SIFG, VGBZ) sowie weitere Teilnehmende (Bezirksgericht Bremgarten, Lausanne, UNI NE, Duc Jean-Jacques).

Weiter ist im Einzelnen zwischen der vorgeschlagenen Anpassung von Abs. 1, die breite Unterstützung findet, und der Anpassung von Abs. 2, die grössere Skepsis und fundamentale Bedenken aufwirft, zu unterscheiden.

4.2.2 Haftung des Schuldners mit Vorschusspflicht des Gläubigers (Abs. 1)

Wie schon oben (Ziff. 4.2.1) dargelegt, wird der Vorschlag, die Haftung des Gläubigers aufzuheben, die Vorschusspflicht jedoch zu belassen, mehrheitlich begrüsst. OW begrüsst die Massnahme insbesondere im Hinblick auf Art. 731b OR.

Die KBKS betont allerdings, dass sich damit grundsätzlich nichts ändere, da schon heute die vorhandene Deckung vorrangig für die Konkurskosten verwendet würde.

⁸ AI, AG, JU, NE, NW, OW, TI, TG, VD, SO, SG, SZ, UR, VS, ZG, ZH.

NE und das Bezirksgericht Bremgarten bevorzugen den klareren Wortlaut von Art. 68 SchKG, auch der SBV möchte die "kann"-Bestimmung durch eine Pflicht ersetzen.

Creditreform, HEV und VSI möchten hingegen weiter gehen als der Vorschlag und die Vorschusspflicht ganz entfallen lassen: es blieben dem Gläubiger auch so genügend Kosten und Hürden, ein "Überrennen" der Ämter sei nicht zu befürchten. Zudem gehöre die Justizgewährung zu den staatlichen Aufgaben. SP, CGAS, SGB und KV möchten die Kostenvorschusspflicht *für Arbeitnehmer* entfallen lassen (v.a. vor dem Hintergrund der Schadenminderungspflicht).

Das Bezirksgericht Bremgarten äussert sich detailliert zu den Vorschlägen. Es gibt zum einen zu bedenken, dass das Konkursbegehren bei juristischen Personen stets von einem Gläubiger zu stellen ist (ansonsten gilt Art. 192 SchKG), was eine Kürzung des Wortlauts erlaube (Gläubiger statt Partei). Weiter schlägt es vor, dass es weiterhin möglich sein sollte, die Kosten formal jemandem aufzuerlegen, etwa wenn ein Konkursbegehren zu Unrecht gestellt wurde. In letzterem Sinne schlagen auch die UNIL und das centre patronal vor, ausnahmsweise die Kosten dem Gläubiger aufzuerlegen.

4.2.3 Solidarhaftung der Organe für den Ausfall der Konkurskosten (Abs. 2)

Die vorgeschlagene *Solidarhaftung* der Organe für einen allfälligen Ausfall der Konkurskosten wird äussert *kontrovers* aufgenommen.

BE, der Baumeisterverband, chgemeinden, centre patronal, economiesuisse, FER, fPv und die SIVG kritisieren die faktische Pönalisierung des Konkurses und den Paradigmenwechsel durch die vorgeschlagene Beweislastumkehr. Gemäss der Erfahrung der Konkursbehörden in BE geraten auch "redliche" Unternehmer häufig in die Lage, nicht mal ein summarisches Konkursverfahren durchführen zu können. Auch die FDP ist gegen die Solidarhaftung (SVP generell ablehnend). Das centre patronal erachtet Art. 190 SchKG (Möglichkeiten zur sofortigen Konkurseröffnung) als ein ausreichendes Werkzeug zur Missbrauchsbekämpfung in diesem Kontext (Ziff. 4.1.2). Economiesuisse, fPv und SIVG betonen die Schwere und *Unverhältnismässigkeit des Paradigmenwechsels einer Solidarhaftung*. FER sieht in ihr eine erhöhte Hemmschwelle für die Unternehmensgründung und die SIVG (ebenfalls skeptisch) erinnert an die bestehenden Möglichkeiten des Gesetzes (Art. 754 i.V.m. Art. 717 und 759 OR, möglicher Durchgriff nach Art. 41 OR z.B. gem. Urteil des Bundesgerichts 4A_428/2014 vom 12. Januar 2015).

Die KBKS, die Städtische Steuerkonferenz, der SIVG und das Bezirksgericht Bremgarten bezweifeln überdies die präventive Wirkung der Solidarhaftung: Der Forderungsprozess eines Gläubigers sei auch mit der Beweislastumkehr teuer und risikobehaftet genug, um Gläubiger davon abzuhalten. Die vorgeschlagene Lösung sei "absolut praxisfremd" (VGBZ), auch weil die Organe häufig nicht auffindbar oder insolvent seien (FR, Konkursamt Aargau, u.A.). BS erachtet das Haftungsrisiko als zu gering, um eine präventive Wirkung zu entfalten. AG, TG und das Bezirksgericht Bremgarten geben zudem zu bedenken, dass der Vorschlag zu Mehrkosten für die Konkursämter führen könnte.

Einigen Stellungnahmen geht die vorgeschlagene Lösung zu wenig weit: Die SP möchte etwa direkt für den Ausfall einen definitiven Rechtsöffnungstitel ausstellen.

In Bezug auf die **Umsetzung** werden ebenfalls einige *Kritikpunkte*, aber auch konkrete *Verbesserungsvorschläge* vorgebracht.

So wird verschiedentlich kritisiert, das Umgehungspotenzial durch "Absprung" der VR-Mitglieder (oder durch noch nicht erfolgte Eintragung, oder durch Eintragung von Strohmännern) werde nicht gebannt, so FR, TG und VD, die SVP, die KBKS (insb. zu Art. 731b OR),

die SIFG und das Bezirksgericht Bremgarten sowie die Städtische Steuerkonferenz. ZG schlägt vor, auf die Worte "und im Handelsregister eingetragen" zu verzichten.

Auch der Haftungsumfang der Organe sei unklar: erfasst er ungedeckte Kosten des Summarverfahrens insgesamt oder bis zum Schuldenruf? (TG, economiesuisse, UNIL). Ebenfalls unklar sei das Verfahren, welches zur Geltendmachung eingeschlagen werden müsse (UNIL). LU und ZG sowie die UNI NE schlagen vor, Art. 169 um eine Gerichtsstandsbestimmung (bspw. Konkursort oder Beklagtenwohnsitz) in Abs. 3 zu ergänzen.

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmende haben Überarbeitungsvorschläge angebracht, namentlich die folgenden:

- In Art. 194 Abs. 1 SchKG sollte nur der Abs. 1 von Art. 169 ausgeschlossen werden (VD, im Ergebnis UNIL).
- Die Worte "absichtlich oder fahrlässig" sind zu streichen, der Haftungsmassstab richte sich nach dem OR (AI, GR, SGV, Baumeisterverband). Terminologische Präzisierungen in diesem Sinne auch von UNIL.
- SZ und SBV schlagen vor, die Verlustforderung (ungedeckte Verfahrenskosten) in einem allfälligen Pfändungs- oder Konkursverfahren zu privilegieren, da sie schliesslich allen Gläubigern zugute kommt.
- Unter den Vorschlägen, die eine Kostentragung durch das Konkursamt befürworten, nimmt die Eintreibung der Schuld einen geringeren Stellenwert ein. HEV schlägt vor, dass die Solidarhaft diesfalls dem Konkursamt gegenüber besteht.
- Das Bezirksgericht Bremgarten gibt zu bedenken, dass Abs. 2 nur bei unverändertem Abs. 1 funktioniert. Ein Regress sei nur möglich, wenn eine Kostentragungspflicht besteht.
- In formaler Hinsicht macht das Bezirksgericht Bremgarten auf verschiedene terminologische Ungereimtheiten aufmerksam.
- Die UNIL und Duc Jean-Jacques schlagen vor, dass das Konkursamt im Schlussbericht (Art. 268) dem Konkursgericht beantragen könne, die ungedeckten Kosten dem Organ aufzuerlegen. Letzteres habe dann unter Anhörung des Organs einen entsprechenden Entscheid zu fällen.

4.3 Art. 230 Abs. 2 SchKG

Der Vorschlag zur Anpassung von Art. 230 Abs. 2 SchKG wurde von *neun Kantonen⁹ und ebenso vielen Verbänden und Organisationen* (Creditreform, HEV, KV, KSFD, UNI NE, VSI, SGB, SGV, VSE) *begrüsst*, häufig jedoch ohne spezifische Begründung.

Fünf Kantone¹⁰ haben sich auch skeptisch geäußert, namentlich unter Hinweis darauf, dass viele Verfahrensbeteiligte ein Interesse an einer raschen Klärung und damit an einer kurzen Frist hätten. Im Rahmen der KBKS sei der Vorschlag "einhellig" abgelehnt worden. Der VGBZ betrachtet die Anpassung als wirkungslos.

5 Alternative Vorschläge

Verschiedene Teilnehmer haben zusätzliche oder alternative Vorschläge unterbreitet, wie der Schutz vor missbräuchlichen Betreibungen ausgestaltet werden könnte.

⁹ AG, BS, GR, JU, NE, OW, UR, VD, ZH.

¹⁰ LU, NW, SG, TG, ZG.

5.1 Revisionen im Strafrecht

- GR, VD, ZH und der SGV begrüssen ausdrücklich, dass auf strafrechtliche Massnahmen verzichtet wird: die Wirkungslosigkeit des Strafrechts wird, wie schon der Bericht erläutert, nicht auf die ungenügende gesetzliche Grundlage, sondern auf die fehlenden Strafanzeigen zurückgeführt (auch UNI NE). Das Konkursamt Aarau gibt zu bedenken, dass Anzeigen der Konkursämter seitens der Staatsanwaltschaft häufig nicht ernsthaft nachgegangen wird.
- Die AssCSR möchte den Wettbewerbsverstoss der fehlenden Einhaltung der Arbeitsbedingungen strafrechtlich sanktionieren.
- BS und die fPv fordern eine Revision der StGB-Bestimmungen. Das Erfordernis der Konkurseröffnung müsse so ausgestaltet werden, dass auch die Liquidation nach Art. 731b OR davon erfasst sei. Bei Art. 166 StGB (Buchführung) sei eine "Verbindungsbusse" aufzuerlegen. Die KBKS möchte ebendiesen Tatbestand auf die Darstellung der Geldflüsse erweitern (heute: Darstellung des Vermögensstandes). AAB möchte ebenfalls die Tatbestände verschärfen und die "absichtliche Herbeiführung des Konkurses" erfassen.
- Der SGB schlägt vor, Konkurs- und Betreibungsdelikte in den Katalog von Art. 102 StGB aufzunehmen.
- Die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich hat ausführliche und detaillierte Vorschläge für (punktuelle) Reformen an den StGB- und StPO-Bestimmungen in Bezug auf Konkursdelikte vorgebracht. Diese umfassen:
 - Eine Ergänzung des Tatbestandes von Art. 165 Abs. 1 StGB um die explizite Nennung der "Verletzung der Prüfungs- und Anzeigepflichten bei begründeter Besorgnis der Überschuldung";
 - Eine Ausweitung der Officialmaxime beim Tatbestand der Misswirtschaft (Art. 165 Ziff. 2 Abs. 1 StGB);
 - Eine Klarstellung des Gerichtsstandes (Art. 36 StPO) zur Vermeidung negativer Kompetenzkonflikte.

5.2 "Handelsregistersperre"

- FR, TI, VD sowie die SP und der SGB schlagen vor, die Frage nach einer Handelsregistersperre (Eintragungsverbot für Personen, die Konkursausfallkosten hinterlassen oder Kettenkonkurse verursacht haben) erneut zu prüfen, wenn die Vorlage über die Modernisierung des Handelsregisterrechts eine solche Überprüfung technisch erlaubt (eindeutiger Personenidentifikator). Ebenso VD, jedoch ohne auf die bestehende Problematik der Umsetzbarkeit hinzuweisen. AssCSR schlägt zwei konkrete Artikel im StGB für eine solche Sperre als Nebenstrafe vor.
- Economiesuisse hofft demgegenüber auf Verbesserungen im Handelsregisterrecht (Vernetzung der Konkursdaten). Bevor diese evaluiert werden könnten, dränge sich keine so einschneidende Massnahme wie die "Handelsregistersperre" auf.

5.3 Verschärfung der Durchsetzung des geltenden Rechts (Anzeigepflichten)

- BS, NW und die KBKS wünschen sich, dass die Pflicht zur Führung einer Buchhaltung besser durchgesetzt wird. BS fordert eine Solidarhaftung der Organe, die keine geregelte Buchhaltung geführt haben.

- Duc Jean-Jacques schlägt vor, dass sich die Konkursämter im Schlussbericht (Art. 268 SchKG) zwingend über allfällige Straftatbestände zu äussern haben und eine Anzeigepflicht eingeführt wird.
- Die SP, die SGAS und der SGB schlagen die Verankerung einer *Anzeigepflicht* für missbräuchliche Konkurse vor (auch Sozialversicherungen umfassend).
- Die SP schlägt darüber hinaus vor, den Handelsregisterämtern (analog den Aufgaben der FINMA) Monitoring-Aufgaben zu übertragen. Die SGAS möchte die Betreibungsämter in die Pflicht nehmen und eine Möglichkeit für Gläubiger schaffen, bei diesen eine Untersuchung (auf allfällige Missbräuche hin) zu veranlassen.
- Duc Jean-Jacques schlägt vor, Art. 155 HRegV dahingehend zu revidieren, dass die kumulativen Voraussetzungen zu alternativen werden und das Betreibungsamt verpflichtet wird, bei Ausstellung eines Pfändungsverlustscheins das Handelsregisteramt zu informieren, damit die Gesellschaft gelöscht wird.
- Die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich schlägt vor, dass in Art. 223 Abs. 2 SchKG (Verwahrung durch das Konkursamt) eine umfassende Sicherstellungspflicht festzuschreiben sei (inkl. Anpassung an das neue Rechnungslegungsrecht).

5.4 Verbesserung des Informationszugangs (Personendaten im Handelsregister)

- FDP, KV, SBV, KMU-Forum und Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich verlangen eine bessere *Vernetzung der Konkursdaten*, sobald die Voraussetzungen dafür (Personenidentifikator) vorliegen (vgl. oben). Das Konkursamt Aargau sieht ebenfalls eine Stärkung der Eigenverantwortung als bestes Mittel zur Missbrauchsvorbeugung.

5.5 Klagemöglichkeiten ausserhalb des Konkursverfahrens

- AAB schlägt vor, dass eine Möglichkeit geschaffen wird, die Ansprüche nach Art. 260 SchKG auch dann abzutreten, wenn der Konkurs mangels Aktiven eingestellt worden ist. AssCRS und FVE schlagen hierfür eine Revision des Art. 754 OR vor (erleichterte Voraussetzungen für eine direkte Klage des geschädigten Dritten). Die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich schlägt eine Anpassung von Art. 260 vor.

5.6 Weitere Anmerkungen und Vorschläge

- Die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich schlägt vor, dass eine *Sitzverlegung* oder Firmennamensänderung von der Vorlage einer revidierten Jahresrechnung abhängig gemacht wird.
- Die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich schlägt weiter vor, dass Art. 731b OR um eine Pflicht der Liquidatoren ergänzt wird, im Falle der Überschuldung das Gericht anzu-rufen.
- Die UNI NE kritisiert das Opting-Out in Art. 727 OR.
- JU, die KBKS und die FVE sprechen sich für eine "*vorgezogene Recyclinggebühr*" bei der Gründung aus (gemäss JU bei ca. CHF 3'000), ausdrücklich dagegen die SGV.
- Der HEV schlägt eine Ergänzung von Art. 725 OR vor (Haftung, wenn nicht genügend Vermögen, um die Kosten zu zahlen) und darüber hinaus, die Einstellung eines Konkurses auch vom fehlenden Privatvermögen der Organe abhängig zu machen (verbunden mit deren Solidarhaftung).

- Das Konkursamt Aargau warnt vor den Folgen von Solidarhaftungen: häufig werden diese Schulden zwar bezahlt, jedoch mit der Folge, dass kein Geld für die Löhne übrig bleibt.
- BS schlägt die Einführung einer Auskunftspflicht der Organe (sowie aller, die in einem Jahr vor der Konkurseröffnung ausgeschieden sind) gegenüber dem Konkursamt vor.
- Die SP schlägt Massnahmen vor, die verhindern, dass ein Organ der konkursiten Gesellschaft Gegenstände aus der eigenen Konkursmasse erwerben kann.
- Der SGB verlangt, dass der arbeitsrechtliche SchKG-Prozess (wie von der ZPO an sich gefordert) der Kostenlosigkeit untersteht.

6 Einsichtnahme

Gemäss Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (SR 172.061) sind die Vernehmlassungsunterlagen, nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer, und nach Kenntnisnahme durch die zuständige Kommission die Zusammenstellung der Vernehmlassungsergebnisse, öffentlich zugänglich. Die vollständigen Stellungnahmen können beim Bundesamt für Justiz eingesehen werden.

Anhang

Verzeichnis der Eingaben Liste des organismes ayant répondu Elenco dei partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei Parti Démocrate-Chrétien Partito Popolare Democratico
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei. Die Liberalen Parti radical-démocratique. Les Libéraux-Radicaux Partito liberale-radicale. I Liberali
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti Socialiste Suisse Partito Socialista Svizzero

SVP Schweizerische Volkspartei
Union Démocratique du Centre
Unione Democratica di Centro

Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

AAB Association des agents d'affaires brevetés du canton de Vaud

AHVCH Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen
Conférence des caisses cantonales de compensation
Conferenza delle casse cantonali di compensazione

AssCSR Associations de la construction de la suisse romande

Baumeisterverband Schweizerischer Baumeisterverband
Société Suisse des Entrepreneurs
Società Svizzera degli Impresari-Costruttori

Bezirksgericht Bremgarten

centre patronal Centre Patronal

CGAS Communauté genevoise d'action syndicale

chgemeinden Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri

Creditreform Schweizerischer Verband Creditreform
Union Suisse Creditreform
Unione svizzera dei creditori Creditreform

Duc Jean-Jacques

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere

FER Fédération des Entreprises Romandes

fPv Fédération Patronale Vaudoise

FVE Fédération vaudoise des entrepreneurs

HEV Hauseigentümerverband Schweiz

KBKS Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
Conférence des préposés aux poursuites et faillites de Suisse
Conferenza degli ufficiali di esecuzione e fallimenti della Svizzera

KMU-Forum KMU-Forum
Forum-PME
Forum PMI

Konkursamt Aargau

KSFD Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und –direktoren
Conférence des directrices et directeurs des finances des villes
Conferenza delle direttrici e dei direttori di finanza delle città

KSZ Konferenz der Stadtammänner von Zürich

KV Kaufmännischer Verband Schweiz
Société suisse des employés de commerce
Società svizzera degli impiegati di commercio

Lausanne	Municipalité de Lausanne
SBV	Schweizerischer Bauernverband Union Suisse des Paysans Unione Svizzera dei Contadini
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri
SIVG	Schweizerisches Institut für Verwaltungsräte Institut suisse des administrateurs
SSK	Städtische Steuerkonferenz Schweiz Conférence des villes suisses sur les impôts
Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich	
Städtische Steuerkonferenz	
SUISA	Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik Coopérative des auteurs et éditeurs de musique Cooperativa degli autori ed editori di musica
SUVA	SUVA
UNI GE	Université de Genève
UNI NE	Université de Neuchâtel
UNIL	Université de Lausanne
VGBZ	Verband der Gemeindeammänner und Betreibungsbeamten des Kantons Zürich
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen Association des entreprises électriques suisses Associazione delle aziende elettriche svizzere
VSI	Verband Schweizerischer Inkassotreuhandinstitute Association Suisse des Sociétés Fiduciaires de Recouvrement Associazioni degli Uffici Fiduciari d'Incasso Svizzeri

Verzicht auf Stellungnahme / Organismes ayant renoncé à se prononcer / Rinuncia a esprimere un parere

- Bundesverwaltungsgericht
Tribunal administratif fédéral
Tribunale amministrativo federale
- Der Schweizerische Verband der dipl. Experten in Rechnungslegung und Controlling
und der Inhaber des eidg. Fachausweises in Finanz- und Rechnungswesen (veb.ch)
- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia
- Schuldenberatung Schweiz
Dettes Conseils Suisse

- Schweizerischer Arbeitgeberverband
Union patronale suisse
Unione svizzera degli imprenditori
- Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere
- Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft
Association Suisse de l'économie immobilière
Associazione Svizzera dell'economia immobiliare



9 août 2016

11.3925 Motion Hess

Prévenir l'usage abusif de la procédure de faillite

Rapport sur les résultats de la procédure de consultation

Index

1	Remarques générales	3
2	Liste des avis reçus	4
3	Observations générales sur l'avant-projet	4
3.1	Appréciation globale du but de l'avant-projet.....	4
3.2	Autres points sortant du cadre de l'avant-projet	4
3.3	Remarques relatives à la rédaction et à la technique législative.....	5
4	Avis sur les différentes propositions.....	5
4.1	Art. 43, ch. 1 et 1bis LP.....	5
4.1.1	En général	5
4.1.2	Critiques principales	5
4.1.3	Propositions.....	6
4.2	Art. 169 LP	6
4.2.1	En général	6
4.2.2	Responsabilité du débiteur pour les frais de faillite et avance par le créancier (al. 1)	6
4.2.3	Responsabilité solidaire des organes pour les frais de faillite non couverts (al. 2).....	7
4.3	Art. 230, al. 2 LP	9
5	Propositions alternatives.....	9
5.1	Révisions du droit pénal.....	9
5.2	Exclusion du registre du commerce	10
5.3	Application plus rigoureuse du droit en vigueur (obligations de dénoncer)	10
5.4	Amélioration de l'accès à l'information (données personnelles au registre du commerce).....	10
5.5	Possibilités d'agir hors du cadre de la procédure de faillite	10
5.6	Autres remarques et propositions	11
6	Accès aux avis	11
	Annexe.....	12

Résumé

Le projet de révision de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite a fait l'objet de controverses dans le cadre de la procédure de consultation. De façon générale, son but de prévention de l'usage abusif de la procédure de faillite a été salué par les participants. Ces derniers ont toutefois estimé que beaucoup des mesures proposées étaient insuffisantes, inefficaces et même préjudiciables (du moins en dehors des cas d'abus).

La proposition d'imputer la responsabilité pour les frais de faillite au débiteur tout en maintenant l'obligation pour le créancier d'en faire l'avance a été saluée par la plupart des participants. Le principe d'une responsabilité solidaire des membres de l'organe supérieur de la société en faillite pour la partie non couverte des frais de faillite, en revanche, a fait l'objet de nombreuses critiques, bien qu'il ait également été soutenu par certains. Le projet d'abrogation de l'art. 43, al. 1, ch. 1 LP a aussi été vivement critiqué par les villes et les communes concernées.

De nombreux participants misent plutôt sur d'autres solutions. Ils saluent d'une part l'amélioration de l'information sur les « abonnés aux faillites » que pourrait apporter un autre projet en cours d'élaboration¹. D'autre part, certains ont relevé qu'au vu des possibilités limitées offertes par le droit de procédure, il y aurait lieu d'envisager à titre d'ultima ratio des adaptations du droit pénal également.

1 Remarques générales

La motion Hess 11.3925 a été acceptée le 5 décembre 2011 par le Conseil des États et le 28 février 2012 par le Conseil national. Elle charge le Conseil fédéral « de créer les bases juridiques nécessaires pour qu'on ne puisse plus utiliser abusivement la procédure de faillite pour échapper à ses obligations ». L'avant-projet et le rapport élaborés en réponse à la motion (modification de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite [LP]² ; prévenir l'usage abusif de la procédure de faillite) proposent différentes adaptations de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite. Celles-ci visent en premier lieu à supprimer ou réduire les obstacles pratiques et juridiques auxquels les créanciers lésés sont confrontés lors de procédure contre le débiteur. Les deux idées centrales sont les suivantes :

- Les créanciers de droit public (administrations fiscales, assurances sociales) devraient pouvoir requérir l'ouverture de poursuites par voie de faillite, ce qui leur est aujourd'hui interdit (art. 43, al. 1, ch. 1 et 1^{bis}, LP). Ce sont d'autres créanciers qui requièrent l'ouverture de la procédure et supportent les risques qui en découlent.
- Les membres de l'organe supérieur de la société débitrice devraient par principe répondre, personnellement et solidairement, des frais de procédure non couverts par la masse. Le créancier qui requiert la faillite devrait toujours avancer les frais, mais pourrait récupérer facilement son avance auprès des membres de l'organe supérieur.

La procédure de consultation a été ouverte le 22 avril 2015 et a duré jusqu'au 14 août 2015. Ont été invités à participer à la consultation les cantons, les partis représentés à l'Assemblée fédérale, les associations faîtières nationales des communes, des villes, des régions de montagne, les associations faîtières nationales de l'économie et les milieux intéressés.

¹ Il est fait référence ici au projet de modernisation du registre du commerce (FF 2015 3255). Avec l'introduction d'un identifiant des personnes physiques qu'il prévoit, il serait possible à l'avenir de rendre visible l'historique des faillites d'une personne inscrite au registre du commerce.

² RS 281

26 cantons, 4 partis politiques et 36 organisations et autres participants ont pris position. Le Tribunal administratif fédéral, l'Association suisse des experts diplômés en comptabilité et en controlling et des titulaires du diplôme fédéral en finance et en comptabilité (Schweizerischer Verband der dipl. Experten in Rechnungslegung und Controlling und der Inhaber des eidg. Fachausweises in Finanz- und Rechnungswesen), la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police, Dettes Conseils Suisse, l'Union patronale suisse, l'Union des villes suisses et l'Association suisse des professionnels de l'immobilier y ont expressément renoncé.

2 Liste des avis reçus

Cf. annexe (p. 13 ss).

3 Observations générales sur l'avant-projet

3.1 Appréciation globale du but de l'avant-projet

Presque tous les participants soutiennent l'objectif général du projet.

Une *majorité de cantons*³, le PDC, le PS ainsi que de nombreuses organisations et autres participants (USS, USP, Forum PME, HEV, FER, AAB, SUISA, CGAS, USAM, le Ministère public III du canton de Zurich) ont également émis un avis positif sur les mesures particulières prévues par le projet. Cet accueil favorable est toutefois tempéré de scepticisme quant à l'efficacité des mesures proposées sur le long terme (« [...] allant dans le bon sens, *mais pas suffisant* [...] »).

Certains cantons⁴, le PLR, l'UDC et l'UNIL, ainsi que – du côté des organisations – le centre patronal, la fPv et la SSE, se sont déclarés *fondamentalement sceptiques* à l'égard du projet. AG, BE, BL et la SSE, notamment, mettent en garde contre la rupture avec le système actuel que représente le fait de s'écarter (même ponctuellement) du concept de la limitation de la responsabilité des entrepreneurs à travers les sociétés de capitaux. Ces participants estiment que, dans une perspective économique globale, les avantages du système actuel compensent largement les désavantages liés aux rares cas d'abus. Par ailleurs, certains (BE, PLR, UDC, SSE) soulignent qu'une grande majorité des faillites ne présente aucun caractère abusif. L'UNIL (sur la base de ses propres recherches empiriques), la fPv et la SSE remettent en question la nécessité de légiférer sur ce point, dans la mesure où les cas d'abus ne représentent qu'une fraction infime des quelque 10 000 faillites déclarées chaque année. BE parvient à une conclusion analogue. Economiesuisse et la fPv estiment que la solution actuelle ne présente pas de carence de dimension systémique. Ces organisations sont également d'avis que la solution proposée ne peut pas être qualifiée de « ponctuelle » et qu'elle est disproportionnée (explicitement indiqué par la fPv) au vu de la faible ampleur du problème visé. L'USS dénonce toutefois un comportement systématiquement abusif dans le domaine de la construction⁵.

3.2 Autres points sortant du cadre de l'avant-projet

- Cf. ch. 5 (p. 9 ss).

³ AG, AI, AR, BS, GE, GL, GR, NE, SH, SO, TG, UR, VD, VS.

⁴ BE, BL, FR, LU, SG, ZH.

⁵ L'AssCSR et la FVE renvoient au rapport sur ce sujet de David Equey, *Insolvabilité organisée et « serial failers »* – Quelles solutions en droit suisse ?, in: Jusletter 22 décembre 2014.

3.3 Remarques relatives à la rédaction et à la technique législative

Certains participants ont proposé des améliorations rédactionnelles qui relèvent de la technique législative.

4 Avis sur les différentes propositions

4.1 Art. 43, ch. 1 et 1^{bis} LP

4.1.1 En général

Une *majorité de cantons*⁶, l'UDC, la majorité des organisations (AHVCH, centre patronal, Creditreform, CVI, economiesuisse, fPv, CDFV, SSE, USAM, VGBZ, VSI), ainsi que d'autres participants (Lausanne, Duc Jean-Jacques) *rejettent* la proposition d'abroger les ch. 1 et 1^{bis} de l'art. 43 LP.

Certains cantons⁷, le PS, l'AES, la sec, la SUVA, l'USS et l'UNI NE accueillent en revanche favorablement les modifications proposées. La CPPFS estime pour sa part qu'elles présentent autant d'avantages que d'inconvénients.

De nombreuses prises de position (positives ou critiques) contiennent des propositions de mesures (cf. ch. 4.1.3 et ch. 5).

4.1.2 Critiques principales

De nombreux participants sont d'avis que la saisie présente plus d'avantages que la faillite pour les créanciers (BE, GR, NW, SZ, SG, SO, VS, ZH, chgemeinden, CDFV, CVI, Duc Jean-Jacques, Lausanne, UNIL, USAM), raison pour laquelle ils s'opposent à la modification proposée.

Par ailleurs, bon nombre de participants craignent que le nouveau système n'engendre plus de frais pour les offices des faillites et pour les créanciers et qu'il n'allonge la durée de la procédure (AG, BE, FR, JU, TG, SG, SO, VS, SZ, TI, chgemeinden, CDFV, CVI, Duc Jean-Jacques, Lausanne, UNIL), même pour les petits montants. AHVCH et la CVI craignent une « explosion » (multiplication par 10) du nombre des procédures de faillite. Lausanne estime à plus d'un million de francs le coût d'un passage de la saisie à la procédure de faillite.

Certains formulent en outre une critique de principe : l'Etat aurait pour rôle de créer des conditions-cadre propices au développement économique et non de mettre des entreprises en faillite (AI, JU, TI, centre patronal, economiesuisse, fPv, USAM, UNIL).

Pour plusieurs participants ayant émis un avis critique (AI, BE, SO, ZH, chgemeinden, centre patronal, economiesuisse SSE, UNIL, USAM, VGBZ), l'actuel art. 190, al. 1, ch. 2 LP constitue déjà un moyen approprié permettant de requérir la faillite d'un débiteur ayant suspendu ses paiements (cf. ch. 4.1.3 pour les possibilités d'adaptation de cette disposition).

AI, ZH et le VGBZ rappellent que la procédure de faillite peut également être suspendue faute d'actifs, le potentiel d'abus ne pouvant ainsi pas être supprimé.

Pour finir, la CDFV craint que les créanciers privés soient beaucoup moins disposés à requérir la faillite dès lors que la possibilité de la requérir est également donnée aux créanciers de droit public.

⁶ AI, BE, FR, GR, JU, LU, NW, SG, SO, SZ, TI, VS, ZH.

⁷ AG, GE, TG, NE, OW, UR, ZG.

4.1.3 Propositions

Plusieurs avis positifs ou critiques sont accompagnés de la proposition de permettre aux créanciers de droit public de choisir la voie par laquelle ils souhaitent continuer la poursuite (SG et VD, CPPFS, CDFV, CVI, FER et KSZ). Selon le VGBZ, un tel droit d'option est généralisé à l'étranger.

Parmi les participants ayant souligné que l'art. 190 LP permet déjà de requérir la faillite immédiatement (cf. ch. 4.1.2), plusieurs souhaitent toutefois que cette disposition soit reformulée de façon plus précise (BE, LU, SG, SZ, TI et la AHVCH avec une proposition ; centre patronal avec plusieurs propositions). Ces participants proposent essentiellement que le fait d'être en possession d'un acte de défaut de biens après saisie donne automatiquement aux créanciers soumis à l'art. 43 LP le droit de requérir la faillite en application de l'art. 190 LP. UNI NE s'exprime également en ce sens, souhaitant que la possibilité de continuer la poursuite par voie de faillite ne soit donnée que si les impayés s'accumulent.

SZ propose d'adapter l'art. 154, al. 3, phrase 2 ORC afin de prévoir – comme en matière de procédures d'office – qu'aucune avance de frais ne soit demandée et aucuns frais ne soient imputés à l'Etat.

Indépendamment de son avis sur les propositions soumises, l'Office des faillites du canton d'Argovie critique la pratique partiellement en vigueur selon laquelle des biens de stricte nécessité sont laissés aux personnes morales.

4.2 Art. 169 LP

4.2.1 En général

Une *majorité de cantons*⁸, le PS ainsi qu'une majorité d'organisations et d'autres participants (AAB, AES, AHVCH, centre patronal, CVI, FVE, HEV, Forum PME, isade, sec, SUVA, UNIL, USP, USAM,) *saluent* la révision proposée de l'art. 169 LP (VSI et Creditreform souhaitent aller encore plus loin).

Bien qu'essentiellement positifs, la plupart de ces participants soulignent toutefois que la mesure proposée représente un premier pas dans la bonne direction, mais ne suffit pas à elle seule à résoudre le problème, notamment en raison des obstacles qui demeurent et des nombreux cas dans lesquels les personnes physiques que le projet permet de poursuivre seront elles-mêmes insolvables.

BE, l'UDC et de nombreuses organisations (CPPFS, economiesuisse, FED, fPv, isade, SSE, USAM, VGBZ), ainsi que d'autres participants (Tribunal d'arrondissement de Bremgarten, Lausanne, UNI NE, Duc Jean-Jacques) se déclarent en revanche fondamentalement *sceptiques* à l'égard de cette modification.

Il y a toutefois lieu de distinguer l'al. 1 – qui rencontre un large soutien – de l'al. 2, qui est accueilli avec beaucoup de scepticisme et qui suscite des préoccupations sur les principes.

4.2.2 Responsabilité du débiteur pour les frais de faillite et avance par le créancier (al. 1)

Comme mentionné au ch. 4.2.1, la proposition de supprimer la responsabilité du créancier pour les frais de faillite tout en maintenant pour ce dernier l'obligation de procéder à l'avance des frais a été accueillie favorablement par une majorité de participants. OW salue cette mesure, en particulier au vu de l'art. 731b CO.

⁸ AI, AG, JU, NE, NW, OW, TI, TG, VD, SO, SG, SZ, UR, VS, ZG, ZH.

La CPPFS indique toutefois que la situation reste fondamentalement la même, dans la mesure où aujourd'hui déjà, les moyens disponibles sont utilisés en priorité pour couvrir les frais de faillite.

NE et le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten souhaitent reprendre la formulation claire de l'art. 68 LP. L'USP souhaite également remplacer la formule « peut exiger » par une tournure indiquant une obligation.

Creditreform, le HEV et le VSI souhaitent pour leur part aller plus loin que la modification proposée et supprimer entièrement l'obligation d'avancer les frais, indiquant que même dans ce cas, il resterait encore suffisamment de frais et d'obstacles sur le chemin des créiteurs pour qu'une surcharge des offices ne soit pas à craindre. Ces participants rappellent également qu'il appartient à l'État de garantir l'accès à la justice. Le PS, la CGAS, l'USS et la sec souhaitent que l'obligation d'avancer les frais soit supprimée *pour les travailleurs* (avant tout dans le contexte de l'obligation de minimiser le dommage).

Le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten s'est exprimé en détail sur les propositions du projet. Il relève en premier lieu que, pour les personnes morales, la faillite ne peut être requise que par un créancier (sans quoi il s'agit d'un cas prévu à l'art. 192 LP), ce qui permet de simplifier le texte de la disposition (en mentionnant « le créancier » au lieu de « la partie »). Ce participant propose par ailleurs de conserver la règle selon laquelle les frais peuvent être formellement imputés à quelqu'un, par exemple lorsqu'une poursuite a été initiée à tort. Dans ce dernier cas, l'UNIL et le centre patronal proposent également de prévoir la possibilité d'imputer les frais au créancier.

4.2.3 Responsabilité solidaire des organes pour les frais de faillite non couverts (al. 2)

La proposition d'une *responsabilité solidaire* des organes pour les éventuels frais de faillite non couverts par la masse a soulevé une vive *controverse*.

BE, chgemeinden, le centre patronal, economiesuisse, la FER, la fPv, l'isade et la SSE critiquent la pénalisation de fait des faillites et le changement de paradigme que représente le renversement du fardeau de la preuve proposé. Dans l'expérience de l'office des faillites de BE, il arrive souvent que des entrepreneurs « intègres » se retrouvent en situation de ne même plus pouvoir liquider la faillite en procédure sommaire. Le PLR se prononce également contre le principe d'une responsabilité solidaire (que l'UDC rejette de façon générale). Le centre patronal estime que l'art. 190 LP (possibilités de requérir la faillite sans poursuite préalable) constitue un outil suffisant pour combattre les abus dans ce contexte (ch. 4.1.2). Economiesuisse, la fPv et l'isade insistent sur le *caractère complexe et disproportionné du changement de paradigme que représente l'instauration d'une responsabilité solidaire*. La FER considère qu'il s'agit d'obstacles supplémentaires à la création de nouvelles entreprises et l'isade (également sceptique) renvoie aux possibilités qu'offre le droit en vigueur (art. 754 en relation avec les art. 717 et 759 CO, *Durchgriff* sur la base de l'art. 41 CO, par ex. conformément à l'arrêt du Tribunal fédéral 4A_428/2014 du 12 janvier 2015).

La CPPFS, la CVI, l'isade et le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten doutent en outre que la responsabilité solidaire puisse avoir un effet préventif. Même en renversant le fardeau de la preuve, la procédure d'exécution reste suffisamment chère et risquée pour les créanciers pour décourager bon nombre d'entre eux. Selon le VGBZ, la solution proposée serait « totalement déconnectée de la pratique », notamment parce qu'il n'est souvent pas possible de retrouver les organes ou parce qu'ils sont insolubles (FR et Office des faillites du canton d'Argovie, notamment). BS estime que le risque de responsabilité ne pèse pas assez lourd pour avoir un véritable effet préventif. AG, TG et le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten

indiquent par ailleurs que l'adoption de cette proposition pourrait engendrer des coûts supplémentaires pour les offices des poursuites.

Pour certains participants, la solution proposée ne va pas assez loin. Le PS, notamment, souhaite qu'un titre de mainlevée définitive soit directement émis pour les frais de procédure sommaire qui ne sont pas couverts par la masse.

En ce qui concerne la **mise en œuvre**, bien que certains points aient fait l'objet de critiques, les participants ont également formulé des *propositions* concrètes *d'amélioration*.

FR, TG, VD, l'UDC, la CPPFS (en particulier au vu de l'art. 731b CO), le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten et la CVI et critiquent le fait que le potentiel d'abus par « éjection » des membres du conseil d'administration (ou en retardant leur inscription ou encore en nommant des hommes de paille) ne soit pas écarté. ZG propose de renoncer à la mention « inscrits [...] au registre du commerce ».

Certains sont également d'avis que l'étendue de la responsabilité des organes n'est pas clairement définie. Comprend-elle les frais non couverts de l'ensemble de la procédure sommaire ou seulement ceux engagés jusqu'à l'appel aux créanciers (TG, economiesuisse, UNIL) ? L'UNIL estime que la mesure proposée n'est pas non plus claire quant à la procédure à appliquer pour faire valoir les droits découlant de cette responsabilité. LU, ZG, ainsi que l'UNI NE proposent d'ajouter à l'art. 169 un al. 3 contenant une règle fixant le for (par ex. le lieu d'ouverture de la faillite ou le domicile du défendeur).

De nombreux participants ont proposé des changements, et notamment les éléments suivants :

- A l'art. 194, al. 1, LP, seul l'al. 1 de l'art. 169 devrait être exclu (VD, *in fine* UNIL).
- Les mots « intentionnellement ou par négligence » doivent être supprimés car le périmètre de la responsabilité doit être déterminé sur la base du CO (AI, GR, SSE, USAM). L'UNIL propose également des précisions terminologiques en ce sens.
- SZ et l'USP proposent que la créance pour les frais non couverts soit privilégiée dans une éventuelle procédure de saisie ou de faillite, dans la mesure où elle profite en dernier lieu à tous les créanciers.
- Parmi les avis favorables à une prise en charge des coûts par les offices des faillites, la question du recouvrement de la dette occupe une place moins centrale. Le HEV propose que dans ce cas, la responsabilité solidaire soit au bénéfice de l'office des faillites.
- Le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten fait remarquer que l'al. 2 ne peut être maintenu tel quel que si l'al. 1 reste inchangé. Il n'est en effet possible de réclamer le remboursement que si l'obligation de supporter les frais a été attribuée.
- Sur le plan formel, le Tribunal d'arrondissement de Bremgarten relève différentes incohérences terminologiques.
- L'UNIL et Duc Jean-Jacques proposent que l'office des faillites demande au juge de la faillite dans le rapport final (art. 268) d'imputer les frais non couverts à l'organe. Le juge devrait ensuite entendre l'organe et prendre une décision.

4.3 Art. 230, al. 2 LP

La proposition d'adaptation de l'art. 230, al. 2, LP a été saluée par *neuf cantons*⁹ et le même nombre d'organisations (AES, Creditreform, CDFV, HEV, sec, UNI NE, USS, USAM, VSI), dans la plupart des cas toutefois sans indication de raisons particulières.

Cinq cantons¹⁰ ont toutefois fait état de leur scepticisme, en indiquant notamment qu'il est dans l'intérêt de nombreux participants à la procédure d'obtenir une clarification rapide de la situation et donc de maintenir un délai court. Cette proposition a par ailleurs fait l'objet d'un rejet unanime au sein de la CPPFS. Le VGBZ considère pour sa part qu'elle est sans effet.

5 Propositions alternatives

Plusieurs participants ont proposé des variantes ou des solutions complémentaires pour améliorer la protection contre les poursuites abusives.

5.1 Révisions du droit pénal

- GR, VD, ZH et l'USAM se réjouissent expressément de ce qu'il ait été renoncé à des sanctions pénales. Comme le rapport le mentionne, l'inefficacité du droit pénal n'est pas due à un manque de bases légales mais au nombre trop faible de plaintes déposées (en ce sens également UNI NE). L'Office des faillites d'Argovie relève que les plaintes déposées par les offices des poursuites ne sont souvent pas traitées sérieusement par le ministère public compétent.
- L'AssCSR souhaite que la pratique anticoncurrentielle que constitue le non-respect des conditions de travail fasse l'objet de sanctions pénales.
- BS et la fPv demandent une révision des dispositions du CP, et proposent que le critère de l'ouverture de la faillite soit formulé de façon à viser également les cas de liquidation au sens de l'art. 731b CO. Par ailleurs, il y aurait lieu de prévoir une amende complémentaire à l'art. 166 CP (violation de l'obligation de tenir une comptabilité). La CPPFS souhaite pour sa part élargir le champ de cette dernière disposition aux flux de trésorerie (le texte en vigueur mentionne la « situation »). L'AAB souhaite également renforcer les dispositions pénales afin de viser également les cas dans lesquels la « faillite est provoquée intentionnellement ».
- Le USS propose d'ajouter les infractions dans la faillite et la poursuite dans le catalogue de l'art. 102 CP.
- Le Ministère public III du canton de Zurich a formulé des propositions complètes et détaillées de modifications (ponctuelles) de dispositions du CP et du CPP en relation avec les infractions dans la faillite et suggère notamment :
 - De compléter l'art. 165, al. 1 CPP en mentionnant explicitement « la violation du devoir d'examen et d'annonce lorsqu'il existe des raisons sérieuses de craindre un surendettement » ;
 - Une application plus large de la maxime d'office pour l'infraction de gestion fautive (art. 165, al. 2, première phrase) ;
 - Une clarification du for (art. 36 CPP) pour éviter les conflits de compétence négatifs.

⁹ AG, BS, GR, JU, NE, OW, UR, VD, ZH.

¹⁰ LU, NW, SG, TG, ZG.

5.2 Exclusion du registre du commerce

- FR, TI, VD ainsi que le PS et l'USS proposent de réexaminer la possibilité de prévoir une exclusion du registre du commerce (interdiction d'inscription pour les personnes laissant derrière elles des frais non couverts dans une procédure de faillite ou ayant causé des faillites en série), si une telle mesure est techniquement possible (identification claire des personnes) dans le cadre du projet de modernisation du droit du registre du commerce. VD se prononce également en ce sens, toutefois sans évoquer la problématique de la mise en œuvre. L'AssCSR propose deux articles concrets afin de prévoir un tel blocage en tant que sanction accessoire dans le CP.
- Economiesuisse espère pour sa part des améliorations du droit du registre du commerce (mise en réseau des données relatives aux faillites) et estime qu'avant que ces nouvelles solutions n'aient pu être évaluées, il n'est pas nécessaire de prévoir des mesures aussi radicales qu'une exclusion du registre du commerce.

5.3 Application plus rigoureuse du droit en vigueur (obligations de dénoncer)

- BS, NW et la CPPFS souhaitent qu'il soit veillé plus rigoureusement au respect de l'obligation de tenir une comptabilité. BS demande une responsabilité solidaire des organes ayant manqué à cette obligation.
- Duc Jean-Jacques propose que les offices des faillites soient tenus de mentionner dans le rapport final (art. 268 LP) les éventuelles infractions pénales constatées et qu'une obligation de dénoncer soit introduite dans la loi.
- Le PS, la CGAS et l'USS proposent qu'une *obligation de dénoncer* soit prévue pour les cas de faillites abusives (visant également les assurances sociales).
- Le PS propose en outre de confier aux offices des faillites des tâches de suivi et de surveillance (similaires aux tâches de la FINMA). La CGAS souhaite également mettre les offices à contribution et prévoir que les créanciers puissent leur demander d'effectuer une enquête (sur d'éventuels abus).
- Duc Jean-Jacques suggère que l'art. 155 ORC soit révisé, afin que les conditions cumulatives prévues par cette disposition deviennent des conditions alternatives et que l'office des faillites soit tenu d'informer l'office du registre du commerce de l'émission d'un acte de défaut de biens après saisie afin que la société soit radiée.
- Le Ministère public III du canton de Zurich propose qu'une obligation complète de fournir des sûretés (contenant notamment une adaptation au nouveau droit comptable) soit ancrée à l'art. 223, al. 2 LP (mise sous la garde de l'office).

5.4 Amélioration de l'accès à l'information (données personnelles au registre du commerce)

- Le PLR, la sec, l'USP, le Forum PME et le Ministère public III du canton de Zurich demandent une meilleure mise en réseau des données relatives aux faillites, dès lors que les conditions nécessaires sont réunies (identifiant personnel, cf. ci-dessus). L'Office des faillites d'Argovie considère également que le renforcement de la responsabilité individuelle est le meilleur moyen de prévenir les abus.

5.5 Possibilités d'agir hors du cadre de la procédure de faillite

- L'AAB propose de prévoir qu'il soit également possible d'opérer une cession de droits au sens de l'art. 260 LP lorsque la faillite a été suspendue faute d'actif. Pour cela,

l'AssCRS et la FVE proposent une révision de l'art. 754 CO (conditions facilitées pour une action directe du tiers lésé). Le Ministère public III du canton de Zurich suggère pour sa part d'adapter l'art. 260 LP.

5.6 Autres remarques et propositions

- Le Ministère public III du canton de Zurich propose de prévoir une obligation de présenter des comptes annuels révisés en cas de changement de siège ou de raison sociale.
- Ce même participant propose par ailleurs qu'une obligation pour les liquidateurs d'annoncer au juge les cas de surendettement soit ajoutée à l'art. 731b CO.
- L'UNI NE critique l'*opting-out* prévu à l'art. 727 CO.
- JU, la CPPFS et la FVE se prononcent en faveur d'une « taxe anticipée de recyclage » au moment de la fondation (JU propose un montant d'env. CHF 3'000). L'USAM prend en revanche expressément position contre ce principe.
- Le HEV propose de compléter l'art. 725 CO (responsabilité si les frais ne sont pas couverts) et suggère par ailleurs que la faillite puisse également être suspendue si les organes ne disposent pas d'un patrimoine privé suffisant (en lien avec leur responsabilité solidaire).
- L'Office des faillites d'Argovie met en garde contre les conséquences de la responsabilité solidaire, en indiquant que ces dettes sont certes souvent payées, mais que cela a pour conséquence qu'il ne reste plus d'argent pour les salaires.
- BS propose d'introduire une obligation pour les organes (et toutes les personnes ayant quitté la société dans l'année précédant la faillite) d'informer l'office des faillites.
- Le PS propose des mesures visant à éviter qu'un organe d'une société en faillite puisse acquérir des biens de la masse de sa propre faillite.
- L'USS demande que la procédure LP en matière de droit du travail soit gratuite (comme cela découle du CPC).

6 Accès aux avis

Conformément à l'art. 9 de la loi fédérale sur la procédure de consultation (RS 172.061), le public a accès au dossier soumis à consultation, ainsi qu'après expiration du délai de consultation, aux avis exprimés par les participants, tout comme – après que le Conseil fédéral en a pris connaissance – au rapport sur les résultats de la consultation. Les prises de position complètes peuvent être consultées à l'Office fédéral de la justice.

Annexe

Verzeichnis der Eingaben Liste des organismes ayant répondu Elenco dei partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

PDC / CVP	Christlichdemokratische Volkspartei Parti démocrate-chrétien Partito Popolare Democratico
PLR / FDP	Freisinnig-Demokratische Partei. Die Liberalen Parti radical-démocratique. Les Libéraux-Radicaux Partito liberale-radicale. I Liberali
PS / SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito Socialista Svizzero

UDC / SVP Schweizerische Volkspartei
 Union démocratique du centre
 Unione Democratica di Centro

Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

AAB Association des agents d'affaires brevetés du canton de Vaud

AES / VSE Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
 Association des entreprises électriques suisses
 Associazione delle aziende elettriche svizzere

AHVCH Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen
 Conférence des caisses cantonales de compensation
 Conferenza delle casse cantonali di compensazione

AssCSR Associations de la construction de la Suisse romande

CDFV / KSFD Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und –direktoren
 Conférence des directrices et directeurs des finances des villes
 Conferenza delle direttrici e dei direttori di finanza delle città

centre patronal Centre Patronal

CGAS Communauté genevoise d'action syndicale

chgemeinden Schweizerischer Gemeindeverband
 Association des communes suisses
 Associazione dei Comuni Svizzeri

CPPFS / KBKS Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
 Conférence des préposés aux poursuites et faillites de Suisse
 Conferenza degli ufficiali di esecuzione e fallimenti della Svizzera

Creditreform Schweizerischer Verband Creditreform
 Union suisse Creditreform
 Unione svizzera dei creditori Creditreform

CVI / SSK Städtische Steuerkonferenz Schweiz
 Conférence des villes suisses sur les impôts

Duc Jean-Jacques

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen
 Fédération des entreprises suisses
 Federazione delle imprese svizzere

FER Fédération des entreprises romandes

Forum PME / KMU-Forum KMU-Forum
 Forum-PME
 Forum PMI

fPv Fédération patronale vaudoise

FVE Fédération vaudoise des entrepreneurs

HEV Hauseigentümerverband Schweiz

isade / SIVG Schweizerisches Institut für Verwaltungsräte
 Institut suisse des administrateurs

KSZ Konferenz der Stadtammänner von Zürich

Lausanne Municipalité de Lausanne

Ministère public III du canton de Zurich Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich

Office des faillites du canton d'Argovie Konkursamt Aargau

sec / KV Kaufmännischer Verband Schweiz
 Société suisse des employés de commerce
 Società svizzera degli impiegati di commercio

SSE / Baumeisterverband Schweizerischer Baumeisterverband
 Société suisse des entrepreneurs
 Società Svizzera degli Impresari-Costruttori

SUISA Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik
 Coopérative des auteurs et éditeurs de musique
 Cooperativa degli autori ed editori di musica

SUVA SUVA

Tribunal d'arrondissement de Bremgarten Bezirksgericht Bremgarten

UNI GE Université de Genève

UNI NE Université de Neuchâtel

UNIL Université de Lausanne

USP / SBV Schweizerischer Bauernverband
 Union suisse des paysans
 Unione Svizzera dei Contadini

USS / SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund
 Union syndicale suisse
 Unione sindacale svizzera

USAM / SGV Schweizerischer Gewerbeverband
 Union suisse des arts et métiers
 Unione svizzera delle arti e mestieri

VGBZ Verband der Gemeindeammänner und Betreibungsbeamten
 des Kantons Zürich

VSI Verband Schweizerischer Inkassotreuhandinstitute
 Association suisse des sociétés fiduciaires de recouvrement
 Associazioni degli Uffici Fiduciari d'Incasso Svizzeri

Verzicht auf Stellungnahme / Organismes ayant renoncé à se prononcer / Rinuncia a esprimere un parere

- Bundesverwaltungsgericht
 Tribunal administratif fédéral
 Tribunale amministrativo federale
- Der Schweizerische Verband der dipl. Experten in Rechnungslegung und Controlling
 und der Inhaber des eidg. Fachausweises in Finanz- und Rechnungswesen (veb.ch)
- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren
 Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
 Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia
- Schuldenberatung Schweiz
 Dettas Conseils Suisse
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
 Union patronale suisse
 Unione svizzera degli imprenditori

- Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere
- Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft
Association Suisse de l'économie immobilière
Associazione Svizzera dell'economia immobiliare